

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 369

04. Okt. 2006

13. Jahrgang

Guatemala - Das Land der Morde

Während vier Tagen besuchte der UNO-Sonderberichtsersteller für aussergerichtliche, willkürliche und summarische Hinrichtungen, Philip Alston, im August Guatemala. Bei einer Pressekonferenz zum Abschluss seines Besuchs geht er mit den guatemaltekischen Behörden hart ins Gericht und kritisiert namentlich die korrupte Polizei, die nachlässige Staatsanwaltschaft und die daraus resultierende herrschende Straflosigkeit. Für ihn ist klar, dass die Behörden Teil des Problems sind und dass auch von Seiten der Polizei solche Methoden gewählt werden. Dass dies keine leeren Worte sind, beweist am letzten Tag seines Aufenthaltes die Verhaftung des Stellvertretenden Direktors der Kriminalpolizei, dem 15 Morde angelastet werden, die meisten davon hat er „im Amt“ ausgeübt. Im Moment seiner Verhaftung fuhr er ein gestohlenen Auto.

Wir veröffentlichen im Folgenden ein Interview mit Philip Alston, das am 27. August in der Tageszeitung *el Periódico* erschien.

Frage: Welchen Eindruck hat man im Ausland bezüglich der zahlreichen unaufgeklärten Morde in Guatemala?

Philip Alston: Im Ausland sind sie kein Thema, die Leute wissen nichts darüber. Mich erstaunen und beeindruckt die hohe Anzahl von Hinrichtungen und die geringen Untersuchungen, die dazu gemacht werden, von Prozessen und Bestrafungen ganz zu schweigen. Ich werde das in meinem Bericht festhalten und ich sehe es als meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich die internationale Gemeinschaft und die guatemaltekische Regierung mehr um dieses Problem kümmern.

Frage: Weshalb weiss man im Ausland nichts davon?

Ph.A.: Ich spreche jetzt nicht im Namen der Vereinten Nationen, aber die ehrliche Antwort ist, dass Guatemala seine geopolitische Wichtigkeit verloren hat. Heute sind es andere Weltgegenden, die im Rampenlicht stehen, selbst das Interesse der USA an Zentralamerika hat nachgelassen.

Frage: Tag für Tag werden in Guatemala auf offener Strasse Tote gefunden, die Spuren von Folter aufweisen. Kann man diese Morde als aussergerichtliche Hinrichtungen bezeichnen?

Ph.A.: Als ich mich bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft über die Anzahl der Verhafteten und die Art ihrer Delikte erkundigte, erhielt ich kaum Auskunft. Ich habe nicht den Eindruck, dass das Justizsystem Interesse daran hat, diese Probleme auf legalem Weg anzugehen. Die gewählten Techniken, mit denen diese Leute umgebracht wurden, tragen alle die Marke „aussergerichtliche Hinrichtung“: Ein Schuss in den Nacken, die Körper werden weit entfernt von dem Ort gefunden, wo sie hingerichtet wurden... dies ist nicht die Methode von Banden oder von einfachen Kriminellen.

Frage: Die Verwandten der Opfer haben nur eine grosse Frage: Weshalb so? Weshalb auf diese Weise?

Ph.A.: Die Antwort darauf umfasst drei Elemente. Erstens

die Straflosigkeit: die Täter wissen, dass sie machen können, was sie wollen, ohne die Konsequenzen dafür tragen zu müssen. Zweitens gibt es einen tiefsetzenden Hass gegen die *Maras* (kriminelle Jugendbanden), der offenbar jedes Mittel rechtfertigt. Drittens, und das scheint mir das Wichtigste, wollen die Mörder eine Botschaft durchgeben. Wird jemand einfach so umgebracht, denken die Leute: Aha, da wurde jemand umgebracht. Werden die Leute aber auf diese brutale Art und Weise umgebracht, lautet die Botschaft: „Wenn wir befinden, dass du zu einer *Mara* gehörst, kann dir genau das geschehen. Zuerst foltern wir dich auf die brutalste Weise und dann bringen wir dich auf die schlimmste Art um“.

Frage: Funktionieren diese Botschaften?

Ph.A.: Sie lösen genau das Gegenteil aus. Da solche Verbrechen straflos bleiben, fühlen sich alle dazu berechtigt. Bei der Pressekonferenz habe ich gesagt, dass, wollte ich einen Mord begehen, ich dies in Guatemala tun würde. Die Chance, dass ich dafür bestraft werde, ist minimal.

Die Sicherheitskräfte fühlen sich dazu bemächtigt, dieselben Methoden wie das organisierte Verbrechen anzuwenden. Damit schüchtern sie aber die *Maras* nicht ein, die sind an die Gewalt gewöhnt. Im Gegenteil, es stachelt sie an, Gewalt ist Teil ihres Lebens.

Frage: Wie sind die Einstellungen der guatemaltekischen Behörden zu diesem Phänomen?

Ph.A.: Das ist schwierig zu sagen. Ich hatte den Eindruck, dass einige dieses brutale Vorgehen befürworten. Alternative Möglichkeiten haben sich ausgeschöpft und nun glaubt man, diese Brutalität sei gerechtfertigt. Ich habe mich mit einigen wenigen Kongressabgeordneten, Mitgliedern der Menschenrechtskommission, getroffen, und mir schien, dass sich der Kongress nicht zuständig fühlt. Es werden keine wichtigen Gesetze bezüglich der Sicherheitsmaterie verabschiedet, ich hatte gar den Eindruck, dass gewisse politische Situationen von gewissen Leuten für

ihren Wahlkampf ausgenutzt werden.

Es gibt dazu einen unglaublichen Diskurs. Die Leute beklagen sich über die Unsicherheit, die Antwort darauf ist: Wir müssen mit Gewalt dagegen vorgehen. Es geht aber nicht darum, das Problem wirklich zu lösen, sondern das politische Drama auszunutzen, um eine andere Vorgehensweise zu propagieren: Die der „harten Hand“.

Frage: Es gibt einen Präsidentschaftskandidaten, der die geschlossene Faust als Parteiensymbol hat. Was für Konsequenzen hat das Fehlen von politischen Lösungen für das Land?

Ph.A.: Die Situation ist unvorstellbar übel. Es fehlt an der Fähigkeit, Untersuchungen durchzuführen und es mangelt am Interesse einer Zusammenarbeit. Ich habe mit der Polizei gesprochen und die sagten mir, die Staatsanwaltschaft (MP) sei zuständig. Ich habe mit dem MP gesprochen und die sagen, es sei Sache der Polizei. Ich sollte und möchte solches nicht sagen, aber es ist so: Das System funktioniert nicht. Es ist doch nicht möglich, dass es keine Zusammenarbeit zwischen dem MP und der Polizei gibt, sondern sie im Gegenteil manchmal sogar gegeneinander arbeiten. So behindern sie sich gegenseitig, bzw. liefern sich gegenseitig den Grund, nichts unternehmen zu müssen. Resultat davon ist die geringe Zahl von Anklagen und Verurteilungen. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung sind fatal, denn niemand mehr hat Vertrauen in die Sicherheitskräfte.

Frage: Führt dieser Mangel an Vertrauen dazu, dass die Leute die „harte Hand“ befürworten?

Ph.A.: Ich sehe zwei Optionen. Erstens die harte Hand, zweitens ein funktionierender Rechtsstaat. Wenn aber ständig demonstriert wird, dass die zweite Option nicht funktioniert, werden damit die Anhänger der harten Hand gestärkt. Der Rechtsstaat funktioniert unter anderem deshalb nicht, weil es ihm an den entsprechenden Gesetzen und den notwendigen finanziellen Ressourcen mangelt.

Frage: Wer ist für die Transformation dieses gescheiterten Systems zuständig?

Ph.A.: Das ist nicht Sache von einer bestimmten Person oder Gruppe, es betrifft die ganze Gesellschaft. Eine wichtige Rolle kommt dem in Entstehen begriffenen neuen Unternehmenssektor zu. Dieser sollte eigentlich ein Interesse an einem funktionierenden Rechtsstaat haben. In Guatemala scheint es aber eher,

dass der Privatsektor an einem geschwächten Staat interessiert ist.

Frage: Welche konkreten Empfehlungen geben Sie dem guatemaltekischen Staat?

Ph.A.: Es gibt etwa ein halbes Dutzend Gesetze, die dem Kongress zur Diskussion vorliegen, mit denen die Situation verbessert werden könnte. Es ist schon beeindruckend, dass offenbar niemand die Notwendigkeit sieht, diese Gesetze zu verabschieden. Das Budget ist ein weiterer Faktor: Man kann nicht erwarten, dass ein Justizsystem mit einem so kleinen Budget funktionieren kann.

Frage: Ein Teil des Problems ist doch auch, dass sich die Elite sicher fühlt, weil sie ihre eigenen Miniarmeen haben und im Notfall das Land verlassen können.

Ph.A.: Mehr oder weniger. Die internationalen Justizmechanismen werden immer besser und es wird immer schwieriger werden, sich ins Ausland abzusetzen. Guatemala ist nicht mehr die Insel von einst. Man mag zwar den Eindruck haben, die Macht der guatemaltekischen Elite sei unantastbar, aber das ändert sich.

Frage: Der Gesetzesartikel über die aussergerichtliche Hinrichtung wurde dahingehend modifiziert, dass er die Todesstrafe als Höchststrafe erlaubt. Dies hat aber keinerlei Wirkung gezeigt, im Gegenteil, die Anzahl aussergerichtlicher Hinrichtungen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt.

Ph.A.: Die Todesstrafe hat – vor allem in dieser Sache – keine abschreckende Wirkung. Überhaupt ist die Sache mit der Todesstrafe sehr unklar in Guatemala. Sie existiert, aber sie wird nicht angewendet, das Begnadigungsrecht des Präsidenten ist suspendiert. Diese unklare Situation muss vom Kongress unbedingt geklärt werden, denn sie beeinflusst auch das Straf- und Gefängniswesen.

Frage: Wir hören zwar immer die Geschichten über staatliche Todesschwadronen und Sicherheitskräfte, die soziale Säuberungen betreiben. Und trotzdem fragen wir uns immer wieder, ob das wirklich stimmt.

Ph.A.: Es braucht einen seriösen Journalismus, der den Dingen wirklich auf den Grund geht. Bisher werden all diese Geschichten über Todesschwadronen und soziale Säuberungen als Anekdoten verbreitet. Wirkliche Informatio-

nen bekommt man kaum und wer nachfragt, bekommt die Antwort: Dazu kann ich nichts sagen und keine Namen nennen.

Frage: Wie kann man die Leute davon überzeugen, dass soziale Säuberung nicht die Lösung des Problems sein kann?

Ph.A.: Indem man ihnen klarmacht, dass sie der oder die nächste auf der Liste sein können. Indem man mir die „carte blanche“ zum Töten gibt, hält mich nichts mehr davor zurück, meinen Nachbarn umzubringen, weil mich das Bellen seines Hundes stört oder die Frau am Ende der Strasse, weil sie mein Kind gehrfeigt hat.

Frage: Was kann man machen, um das Korruptionsproblem in der guatemaltekischen Polizei zu lösen: Sie transformieren, sie „säubern“, oder sie gänzlich auflösen und von neuem beginnen?

Ph.A.: Die Polizeien sind immer und auf der ganzen Welt sehr komplex und eine Herausforderung. Es gibt immer Formen von Korruption, aber es gibt durchaus Länder, die ebenso arm sind wie Guatemala und eine viel effizientere Polizei haben. Ich habe in der guatemaltekischen Polizei nichts Aussergewöhnliches aber auch nichts wirklich Ermutigendes gesehen. Ich war zu einem Gespräch im Innenministerium, der Polizeidirektor, Erwin Sperisen hat während einer Stunde lang kein Wort gesagt.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Hurrikan Stan – ein Jahr später

Guatemala, 30. Sept. „Präsident Berger weihte 33 Wohnhäuser in der Siedlung San Juan el Paraíso, Puerto San José, Departement Escuintla, für Familien ein, die vom Hurrikan Stan betroffen wurden. Die Häuser wurden von dem *Guatemaltekischen Wohnungsbaufond* (FOGUAVI) errichtet und sind Teil des Bauprogramms von 250 Wohneinheiten, das die gleiche Anzahl von Familien begünstigen wird.“

Dies ist eine aktuelle Meldung, wohl bemerkt ein Jahr, nachdem der Tropensturm Stan Anfang Oktober 2005 grosse Teile der Pazifik-Küste und des westlichen Hochlandes Guatemalas zerstört hatte. (siehe ¡Fijáte! 345) Eine weitere logische Aussage der Meldung ist, dass allein an diesem Ort noch 217 Häuser fehlen und somit 217 Familien weiterhin in Notunterkünften leben, im ganzen Land sind es mindestens 7'120 Familien.

Bis heute hat es zu keinem Zeitpunkt eine genaue Übersicht über alle Verletzten, Verschwundenen, Toten, Gesamtschäden, was die Infrastruktur, aber auch die Verluste in der Landwirtschaft und ähnliches angeht, gegeben. Ebenso wenig ist bekannt und wahrscheinlich weder den Verantwortlichen noch den vermeintlich Begünstigten klar, welche Fortschritte in Sachen Wiederaufbau tatsächlich inzwischen erreicht wurden und wo genau es noch fehlt. An manchen Orten sei wohl besser formuliert „wo es wieder fehlt“, hat doch der diesjährige Regen vor allem im Departement Escuintla bereits neue Erdbeben mit sich gebracht und die Autoritäten zum grossen Teil dieses Mal rechtzeitig dazu veranlasst, hunderte von Familien, so diese denn wollten, zu evakuieren und wieder einmal in temporären Notunterkünften unterzubringen.

Doch dominieren die Teilinformationen: „in dieser oder jener Region waren soundsoviel Familien betroffen“ – ohne zu benennen, wie viele Personen, Frauen, Männer, Mädchen, Jungen, Kinder, Alte dadurch Haus und Hof, ein Dach über dem Kopf, Vieh, Handwerkszeug, Küchenutensilien, Nahrungsvorräte und Saatgut, Papiere, Schulmaterial, Spielzeug oder geliebte Erinnerungsstücke verloren haben. Von Angehörigen ganz zu schweigen. Die Angabe, dass soundsoviel Prozent der Infrastruktur zerstört war, lässt offen, ob es sich um asphaltierte Strassen, Schotterpisten, Schulen, Krankenstationen, Brunnen, Wasserleitungen oder Gemeindezentren handelte. Entsprechend vage und willkürlich gestaltet sich die Ausführung von lauthals versprochenen Projekten und Vorhaben, oft an den wirklichen Interessen der meist nicht befragten Bevölkerung vorbei, müssen doch

bürokratische Vorgaben auf einmal haargenau befolgt und nicht zu vergessen, gewisse Prioritäten gesetzt werden. Dass diese parteipolitischen oder auch bloss familiär-freundschaftlich-geschäftlichen Charakter durchscheinen lassen könnten, ist wohl manches Mal nicht zu verhindern.

So verwundert kaum das Resümee von Marcel Arévalo, Mitarbeiter der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) in der Zeitschrift „Diálogo“: Bei der Untersuchung der Ursprünge des Risikos und der Möglichkeiten angesichts von Katastrophen in Guatemala steche trotz der neuen Visionen, diesen zu begegnen, hervor, dass weiterhin die Schere zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und deren Erfüllungen die Tragödie der Bevölkerungen prägt, die wiederum längst neuen Widrigkeiten ausgesetzt sind. Und an dem Resultat des Berichts des *Menschenrechtsprokurats* (PDH) im Mai, die Durchführung von Wiederaufbauausgaben würde ungleich verlaufen und es sei ein Mangel an institutioneller Koordinierung zu beobachten, hat sich auch vier Monate später nichts verändert.

All diese Makel sind, nebenbei bemerkt, bereits in der akuten Nothilfephasen beanstandet worden.

Und selbst in Panabaj, der Gemeinde von Santiago Atitlán, Sololá, das vor einem Jahr komplett unter einer Schlamm-lawine begraben wurde und eine Zeitlang als Vorzeigewiederaufbaudorf galt, warten die Überlebenden immer noch auf eine neue feste Bleibe. Hier wurden 601 Familien betroffen, es ist die Rede von 300 Verschwundenen – wobei die Exhumierungen immer noch ausstehen – 23 Kinder sind durch Stan zu Waisen geworden und es gibt „reichlich Verluste in der Landwirtschaft“. In der so genannten Südzone von Santiago sieht man etwa 100 Häuser aus Hohlblockstein, verlassen. Ganz in der Nähe befinden sich die provisorischen Baracken, in denen die Betroffenen zeitweilig untergebracht sind. „Typ Plastikzelt mit einem einzigen Schmuck: dem Namen der Spendenorganisation“, so eine Zeitungsmeldung.

Eine Kirche hatte ein Grundstück gespendet, auf dem jetzt halbfertige Häuser stehen. Die Gemeindeverwaltung begann die Bauarbeiten, vergass indes, eine Risikoanalyse zu erstellen. Diese wurde von den BürgerInnen eingefordert und hatte zum Ergebnis, dass das Areal Katastrophengefährdet und somit unbewohnbar ist.

Die Kommission, der die Suche nach einem geeigneten Grundstück obliegt, hat es schwer: Seit die Entscheidung fiel, dass nun in der Zone Nord

von Santiago gebaut werden solle, kostet ein Stück Land anstelle von einst 4'000 Quetzales locker 40'000. Zumindest die Koordinatorin der Wiederaufbaukommission zeigt sich zuverlässig und erwartet, das Problem „bald“ gelöst zu haben. Die Gemeindeverwaltung von Santiago verfügt immerhin inzwischen über einen „Notfallplan“ für die nächsten Regenfälle: Allen Schulen wurden zwei Ausgangsrouten zugewiesen, es wurden Molen gebaut, um die Gemeinden evakuieren zu können, die im Zweifelsfall über Land bestimmt nicht erreichbar sind, und „man verfügt über die ganze Struktur, damit nicht noch einmal eine solche Tragödie wie im letzten Jahr passiert“.

Auch andernorts ist der Wiederaufbau buchstäblich auf der Strecke geblieben. So wurde die Trasse, die Quetzaltenango im westlichen Hochland mit dem Küstendepartement Retalhuleu verbindet, vom Stan beschädigt, so dass eine alternative Route in Funktion genommen wurde. Doch durch den verstärkten Verkehr und die Lastwagen, ist auch diese Strecke inzwischen dringend reparaturbedürftig. Angesichts dessen schlägt Präsident Berger vor, Loch für Loch zu flicken, denn für mehr gäbe es kein Geld. Aber er werde sich mit Verkehrsminister Eduardo Castillo zusammensetzen, um zu sehen, ob es irgendwo Fonds gäbe, die zu nutzen wären. Castillo wiederum kündigte an, den Präsidenten um Geldzuweisungen für den Bau einer neuen Strasse zu konsultieren – die Kommunikation im Kabinett sowie das Engagement der Zuständigen, sich um das Wohl der Bevölkerung zu kümmern, beeindrückt einmal mehr als Farce.

Die lokale Transportvereinigung von Coloma kündigte in Bezug auf die präsidentialen und ministerialen Aussagen an, progressive Streiks in Betracht zu ziehen, um Druck auszuüben. Es könne nicht sein, dass aufgrund der Hurrikanschäden eine Ersatzstrasse in Betrieb genommen werde und die Regierung diese dann vergesse, so Marco Tulio Segura von der Vereinigung. Dabei haben die lokalen Bürgermeister des Departements bereits Erinnerungsschreiben an die entsprechenden Regierungsstellen geschickt, noch bevor die Strasse komplett kaputt war.

Ähnlich in Vergessenheit geraten scheint die internationale Brücke Rodolfo Robles in Tecún Umán, San Marcos, die Guatemala über den Fluss Suchiate mit Mexiko verbindet. Diese war vom Stan mitgerissen worden und ansatzweise repariert. Dennoch ist darauf kein Fahrzeugverkehr erlaubt. Angeblich blockieren die Wohnhäuser von 30 Fa-

Fortsetzung von Seite 3

Sturm auf das Pavón

milien am Rand der Brücke die Bauarbeiten, denn sie verhinderten den Zugang für die notwendigen schweren Maschinen. Doch erst kürzlich hatten die Regierungen beider Länder das Thema aufgegriffen und die Umsiedlung der Familien für erforderlich erklärt. Nicht auszuschliessen ist, dass sich beide Regierungen Widerstand der Betroffenen und somit eine Verlängerung ihres „Nichtstunkönnen“ erhofften. Diese erklärten sich auf Anfrage jedoch gleich einverstanden umzuziehen. An den Autoritäten liegt es nun, ein geeignetes Gelände für sie zu finden.

Bereits jetzt berichtet der Vizepräsident der Handelskammer, dass die verkehrsuntüchtige Brücke Verluste in Höhe von 36 Mio. Quetzales für mehr als 7'000 HändlerInnen mit sich gebracht habe. Von den im Schnitt 3'500 Quetzales an Einnahmen hätte jede/r registrierte Geschäftstreibende lediglich 20% erhalten. Konsequenz dessen ist eine gestiegene Arbeitslosigkeit an der Grenze, zudem hätten viele der Zollbüros ihr Personal reduziert.

Die Initiative *Acción Ciudadana* (AC), die sich das Monitoring der regierungsstaatlichen Arbeit zur Aufgabe gemacht hat, erinnerte die für den Wiederaufbau zuständigen Stellen erneut daran, ihrer eingegangenen Verpflichtung nachzukommen und der Öffentlichkeit mehr und vor allem regelmässige Informationen zur Verfügung zu stellen, um die Transparenz in der Ausführung der Projekte zu gewährleisten.

Unterdessen haben sich jedoch die Prioritäten der Regierung und der an den sich nähernden Präsidentschaftswahlen interessierten PolitikerInnen deutlich verschoben. Berichtet wird bloss auf Aufforderung und wenn überhaupt nur über „schon“ fertig gestellte Projekte. Viele Gemeinden, die auf irgendeiner Liste von dringenden Vorhaben standen, sind allein gelassen – die Regierung scheint das Konzept der propagierten Dezentralisierung gerne einseitig auszuliegen, nämlich in Form der Delegation von ihr obliegenden und übernommenen Aufgaben, in den meisten der Fälle aber ohne die dazugehörige Überweisung von finanziellen Mitteln und dem technischen Know-how.

Und das Vorhaben, das offenbar weniger dem inhärenten Interesse der Regierung entsprang, sondern als ein weiteres Zugeständnis an internationale Gelder abgebucht werden kann, nämlich, die Wiederherstellung des sozialen Gefüges, ist zum grossen Teil zivilgesellschaftlichen Initiativen überlassen, deren Arbeit entweder auf Freiwilligenbasis beruht oder als Projekt der internationalen Zusammenarbeit finanziert wird.

Guatemala, 30. Sept. Noch in der Sonntagsbeilage der Tageszeitung *Prensa Libre* gab es einen ausführlichen Bericht der Reporter, die über Wochen dem grössten und bekanntesten Gefängnis des Landes, der so genannten „Modellfarm für Rehabilitation Pavón“, im Volksmund schlicht „Pavón“ genannt, Besuche abgestattet hatten und ihren Einblick in das Innere der Gefängnismauern veröffentlichten, in das Innere, in das selbst die Autoritäten seit mehr als zehn Jahren keinen Zugang hatten. Und im Morgengrauen zum Montag wird das Pavón gestürmt, von 1'700 Polizeikräften, 1'200 Militärs, 100 Gefängniswärtern, mit Rückendeckung von vier Panzern und drei Helikoptern. Als Zuständige der konzertierten und wohl seit einem halben Jahr geplanten Aktion – genannt „Operation Pavo Real“, auf deutsch „OP Pfau“ – gilt an erster Stelle der Direktor des Gefängnisystems, Alejandro Giammattei.

Und es ist Giammattei, der jetzt sowohl im Rampenlicht als auch an erster Stelle der Empfänger von Morddrohungen steht, hat er doch dem Organisierten Verbrechen einen empfindlichen Schlag versetzt, was als mutige und dringend notwendige Tat von der breiten Öffentlichkeit begrüsst, von den „Geschlagenen“ indes als Provokation aufgefasst wird.

Der Überraschungsangriff – der so überraschend nicht war, wurden die Sicherheitskräfte doch mit Schüssen und Molotowcocktails empfangen – hatte sieben tote Gefangene, einen verletzten Häftling und einen verletzten Polizisten zum Saldo. Ausser einer kleinen Gruppe von als zu gefährlich eingestuften Jugendbandenmitgliedern, wurden die übrigen der 1'651 Sträflinge in das nahe gelegene Untersuchungsgefängnis „Pavoncito“ verlegt und eine gründliche Durchsuchung des Pavón-Geländes angeordnet. Unter den Häftlingen befinden sich Noel de Jesús Beteta, verurteilt des Mordes an der Anthropologin Myrna Mack im Jahr 1991 sowie Vater und Sohn Lima, die beiden Militärs, die im Zusammenhang mit dem Mord an Bischof Gerardi 1998 ihre Strafe absitzen.

Als schräg imponieren dabei sowohl der Grossteil der Berichterstattungen und Darstellungen als auch der Reaktionen ob der vermeintlichen Enthüllungen durch die Stürmung des Gefängnisses.

Die „Modellfarm“ war ursprünglich mit landwirtschaftlichen Produktionsprojekten konzipiert, um die Haft für die Verurteilten tatsächlich zu einem Rehabilitationsaufenthalt zu machen. 1989 wurde in Folge einer Meuterei die letzte Razzia im Pavón durchgeführt und 1996 unter Präsident Álvaro Arzú und Innenminister Rodolfo Mendóza die Kontrolle über die Einrichtung schliesslich komplett in die Hände des COD – des *Komi-*

tees für Ordnung und Disziplin – gelegt, bestehend rein aus Insassen des Pavón. Seitdem gibt es keine offiziellen Zahlen über die Insassen mehr. Und, das stellte Giammattei bei seinem Amtsantritt vor 11 Monaten fest, der Grossteil der Registrierkarteikarten ist verändert, nur 3% zeigen ein Foto des entsprechenden Häftlings. Als bei der Verlegung der Pavón-Häftlinge nun gezählt wurde, „fehlten“ laut der offiziellen Zahlen rund 40 Personen. Die Vermutung Giammatteis, dass es auf dem Gelände Gruben gäbe, in denen innerhalb des Gefängnisses Ermordete vergraben seien, konnte in der ersten Woche der Durchsuchungen nicht bestätigt werden.

Was aber – nach dem Artikel in der *Prensa Libre* in den Medien breitgetreten wurde, letztendlich jedoch seit Jahren bekannt ist, war der Zustand des „Staates im Staate“. Neben den offiziellen, völlig heruntergekommenen Zellbaracken gibt es auf dem Terrain mehr als 300 Wohnhäuser, von Blech- und Kartonhütten, über Holz- und Steinhäuser bis hin zu mindestens einem „Chalet“ im kanadischen Stil, mit gekacheltem Boden, Jacuzzi, TV-Flachbildschirm, Fitnessraum und Bar – Eigenheim des zweiten Mannes an der Spitze des COD. Dieser, aber auch der Chef, Luis Alfonso Zepeda González, verurteilt unter anderem wegen Mordes zu 27 Jahren Haft, sowie drei weitere Mitglieder des Komitees sind unter den Toten und waren beim Angriff bewaffnet. Noch stehen die Ermittlungen hinsichtlich der Vorwürfe von Seiten der Pavón-Häftlinge aus, es habe sich dabei um aussergerichtliche Hinrichtungen, sprich, spezifische Exekutionen dieser Männer gehandelt. Und diese, eine kleine Gruppe, waren die wahren Herrscher im Pavón, die den Rest der Gefängnisbevölkerung mittels Unterdrückung, Sklavenhaltung, Bestechung, Überfälle, Geiselnahme und Inhaftierung im Gefängnis selbst unter Kontrolle hatten. Und ausserdem dirigierten sie einen beträchtlichen Teil der Verbrechen, die ausserhalb desselben begangen wurden.

Während die staatlichen Autoritäten allein den Verwaltungstrakt – ca. 10% der Anlage – betreten und deren Aussenmauern von 70 Militärs bewacht wurde – war das COD perfekt organisiert, finanziert von „Ausseneinnahmen“ sowie durch an den Insassen erhobenen „Steuern“, von Generalsteuern über Vorteilssteuern bis hin zur Vergabe von Grundstücken, Bauerlaubnis und Krediten mit progressiven Zinsen. Wurden die Schulden nicht rechtzeitig gezahlt, folgte gnadenlos die Strafe, oft in Form der Forderung nach „sexuellen Gefallen“, was heisst, dass der Schuldner dem Gläubiger ein weibliches Familienmitglied zur sexuellen Verfügung zu stellen hatte.

Fortsetzung Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Die Struktur ist klar hierarchisch: Präsident, Vize, Aufseher von Operationen, Sicherheit und Logistik, 16 Sektor-zuständige und mindestens 200 „Dienstleute“, die die interne Bevölkerung im Zaum hielt, „Gegner“ meldete und das COD über alles auf dem Laufenden hielt. Zepeda hielt derweil ein Heer an bewaffneten Bodyguards und genoss soviel Macht, dass selbst sein Sohn Samuel, der auch „im Geschäft“ ist, jedoch nicht verurteilt, sich lieber im Pavón aufhält, weil er draussen Morddrohungen erhalten hat.

Auch wenn das Pavón mit seinen eigenen Drogenlabors, der Schnapsbrennerei, der im letzten Jahr aufgelösten Autowerkstatt - in der, wie sich herausstellte, gestohlene Fahrzeuge repariert, Chassisnummern und Kennzeichen gefälscht und für neue Verbrechen genutzt wurden -, seiner Funktion als „Call Center“ für Erpressungen ausserhalb und der zahlreichen Verbindungen zwischen COD und draussen agierenden Entführern, Auftragsmördern, Erpressern und Drogenhändlern sicherlich ein wichtiges Operationszentrum des organisierten Verbrechens war, ist die allgemeine Entrüstung, die sich auf den Wohlstand der COD-Köpfe konzentriert, und die katastrophalen Haftumstände der grossen Masse zwar erwähnt, jedoch nicht problematisiert, fragwürdig. Durchaus wird in der Presse erwähnt, dass es die staatseigene Verantwortung sei, der seit mehr als vier Regierungsperioden das Gefängnisystem sich selbst überlassen hat. Sich von Regierungsseite auf einmal aber über die Umstände aufzulegen - wobei die meisten Mitglieder nicht erst unter Berger in den Kongress eingezogen sind, und doch erst vor wenigen Wochen das allererste Gesetz zum Gefängnisystem verabschiedet wurde, das aber immer noch des Segens der Exekutive bedarf, ist genauso scheinheilig, wie die tölpelhafte Selbstdarstellung zweier Mächtegegnernprotagonisten: Efraín Ríos Montt, inzwischen auf internationaler Ebene des Völkermordes beschuldigt, mahnt angesichts der „Pfau-OP“, es müssten doch bitteschön die Menschenrechte der Inhaftierten respektiert werden und Otto Pérez Molina, Ex-General, der als Präsidentschaftskandidat der *Patriotischen Partei* schon seit langem die „harte Hand“ gegen alles Übel fordert, kritisiert die Stürmung als politische Show.

Tatsächlich liegt es nun an allen Beteiligten, dass die Aktion nicht im Sande verläuft, soll heissen, es darf nicht bei der Kontrollübernahme des einen Gefängnisses bleiben, aber auch nicht bei dem Aufrechterhalten des gesellschaftlich verbreiteten Stigmas gegenüber Häftlingen, diese seien einmal kriminell, ergo ihre Leben lang Verbrecher. Es bedarf also einer kompletten Neuorientierung des gesamten Strafsystems, inklusive menschlicher Haftbedingungen,

funktionierenden und ernst gemeinten Rehabilitationsangeboten, und darüber hinaus einer Säuberung des Justizsystems von zu Komplizen korrumpierten RichterInnen und Gefängnispersonal, angemessene Gehälter für letzteres und Präventionsmassnahmen sowie Alternativen für diejenigen, die im Verbrechen eine Überlebensstrategie sehen, die für viele gar als die einzige erscheint.

Mit Hilfe der bezahlten Arbeitskraft eines Teils der „alten“ Pavón-Bewohner und des Ingenieur-Korps des Militärs, soll nach Abriss der nichtbrauchbaren Konstruktionen und Rückgabe des Materials an die Besitzer bzw. Familienangehörigen, ein neues Gefängnis mit neuen Standards errichtet werden - einige der Wohnhäuser, darunter das kanadische Chalet, werden wohl zu Werkstätten umfunktioniert.

Nur von wenigen wurde ein wesentlicher Umstand in Frage gestellt: drei Tage vor der Operation beschloss der Kongress - ähnlich wie wenige Wochen zuvor im Departement San Marcos - für das Munizip Fraijanes, Departement Guatemala, in dem das Gefängnis liegt,

für acht Tage den Präventionszustand und somit erneut die Aufhebung grundlegender Bürgerrechte wie Versammlungs- und Bewegungsfreiheit sowie das Tragen von Waffen. Auch wenn diese Form des Ausnahmezustands schon nach zwei Tagen wieder aufgehoben wurde, und selbst das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) trotz seiner Zweifel an der Rechtmässigkeit der gesamten Aktion aufgrund der Tatsache, dass seine Anwesenheit nicht in Betracht gezogen worden war, die Operation an sich begrüsst, waren doch alle BewohnerInnen und PassantInnen im Munizip betroffen. Der Sturm und Einsatz des Militärs waren jedoch auf das Innere der Gefängnismauern, ca. 4,2 ha, beschränkt. Besorgnis erregt, dass die Regierung offenbar nur unter besonderen Umständen und unter Zurücksetzung von allgemeinen Rechten, in Aktion tritt und sich traut für „Recht und Ordnung“ zu sorgen. Und, dass sie anscheinend eher zur Rechtsaufhebung greift und sich somit gewisse Freiheiten sichert, als sich hinterher vorwerfen zu lassen, Grund- und Menschenrechte verletzt zu haben.

Alles zu seiner Zeit

Guatemala, 25. Aug. Spareffekte vor allem im Energieverbrauch erhoffte man sich mit dem Versuch einer fünf Monate dauernden Zeitumstellung (siehe ¡Fijáte! 358). Am 30. September wird der Zeiger nun wieder um eine Stunde zurückgedreht, Anlass für verschiedene Sektoren, Bilanz zu ziehen.

Gemäss Luis Ortiz, Chef des *Ministeriums für Energie und Minen* (MEM) konnten mit der Zeitumstellung insgesamt 64 Mio. US-\$ eingespart werden. Dies entspricht zur Hälfte dem nicht getätigten Import von ca. 1.2 Mio. Litern Öl, die andere Hälfte konnte eingespart werden, indem durch den Nicht-Import auch Grosshandels- und Verteilungskosten wegfielen. Offenbar konnte dadurch, dass es am Morgen eine Stunde länger dunkel und am Abend dafür eine Stunde länger hell war, der Energieverbrauch vom Abend auf den Morgen verlagert werden. Dieser Stromverbrauch konnte mit während der Nacht in Wasserkraftwerken produzierter Energie abgedeckt werden, so dass es nicht notwendig war, mit Rohstoffkonsumierenden Generatoren zusätzliche Energie zu produzieren.

Neben der energietechnischen muss aber auch eine soziale Bilanz gezogen werden: Gemäss Angaben der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) haben in den vergangenen fünf Monate die Anzahl der frühmorgendlichen Überfälle zugenommen, da es mit der Zeitumstellung um sechs Uhr, wenn viele Leute sich auf den Arbeitsweg machen, noch stockfinster ist. Die einen nehmen das Risiko auf sich, die anderen ziehen es vor, verspätet zur Arbeit zu erscheinen, wie der Besitzer einer Kleiderfabrik mit

einem gewissen Verständnis erklärte. „Früher waren die Leute um 7.45 Uhr am Arbeitsplatz, heute kommen sie erst um 8.00 Uhr, weil sie die Morgendämmerung abwarten.“

Energieminister Ortiz, der vom Experiment Zeitverschiebung begeistert ist, und bereits einen Vorstoss gemacht hat, dass dies in Zukunft jedes Jahr gemacht werden soll, sieht auch im verspäteten Arbeitsbeginn einen Vorteil: Früher sind alle Leute zur selben Zeit zur Arbeit gegangen, was zu Staus und als Folge davon zu höherem Benzinverbrauch und Luftverschmutzung geführt hat. Jetzt, wo die Leute gestaffelter zur Arbeit gehen, laufe das alles viel besser.

Ausserdem habe er seine persönlichen Umfragen gemacht und immerhin fühlten sich die Leute am Abend auf dem Nachhauseweg sicherer, weil es dann noch hell sei. Mindestens für diejenigen, welche die Morgenstaffel als erste begonnen haben...

Auf die Privathaushalte hat sich die Zeitumstellung in Sachen Stromverbrauch überhaupt nicht ausgewirkt, im Gegenteil haben viele KonsumentInnen eher den Eindruck, dass die Preise klammheimlich weiter erhöht wurden.

Viele Leute im Landesinnern haben ihre Uhren gar nie umgestellt, so dass es in den fünf Monaten quasi zwei parallel existierende Zeitsysteme gab. Wer von der Stadt aufs Land zu einem Treffen oder einer Sitzung fuhr, musste sich zuerst versichern, ob die vereinbarte Zeit nun die „alte“ oder die „offizielle“ war. Ansonsten konnte es geschehen, dass die Lokalen nebst der „obligaten“ chapinen Verspätung auch sonst noch eine Stunde „zu spät“ zum Treffen kamen.

Ende des Grossen Nationalen Dialogs

Guatemala, 29. Sept. Mit der Teilnahme von mehr als 104 Organisationen der Zivilgesellschaft und der Redaktion von mindestens 140 Dokumenten über vier Themen schloss die Exekutive nun den „Grossen Nationalen Dialog“, der, im Mai begonnen, darauf ausgerichtet war, gemeinsame Ziele zu formulieren, die kurzfristig zu erreichen sind. An vier Runden wurde in diesen Monaten über Gesundheit und Ernährung, Indigene Völker, Ländliche Entwicklung und Transparenz diskutiert und Verpflichtungen aufgestellt, die die Regierung einging, während der ausstehenden knapp 15 Monate ihre Amtszeit zu erfüllen. Darunter finden sich ohne Angabe konkreter Realisierungspläne die Erweiterung des Gesundheitshaushaltes, der Einschluss der indigenen Völker, die Erweiterung der Vergabe von Krediten an BäuerInnen im Landesinneren und die Implementierung

des Gesetzes des Zugangs zu Öffentlicher Information. Grundlage für den Aktionsbeginn ist die Zusammenfassung der Vereinbarungen im Nationalen Abkommen zum Einsatz der Sozialausgaben für die Verminderung von Armut.

Auch wenn sich einige der teilnehmenden Organisationen zufrieden zeigten, forderten sie die Regierung in erster Linie dazu auf, ihren Verpflichtungen tatsächlich nachzukommen.

So gaben sich die Teilnehmenden am Tisch zur Ländlichen Entwicklung nicht wirklich überrascht angesichts der Tatsache, dass das dringende Thema der Landkonzession überhaupt nicht angeschnitten wurde. In gewisser Weise wurden auch lediglich Verpflichtungen, auf die sich die Regierung bereits eingelassen hat – so im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach Stan, als vermeintlich neue Vorhaben propagiert, in Chimaltenango

und Sololá will demnach in Strassen- und Wohn-Infrastruktur investiert werden.

Abzuwarten bleibt, was aus den Ergebnissen des Nationalendialogs wird, finden und fanden gleichzeitig doch Diskussionsrunden unter den Parteien statt, deren Resultat im „Visionsplan des Landes“ gipfelte, der die Neu- und Umverteilung von Haushaltsgeldern beinhaltet, die „Gruppe der 14“, Intellektuelle und UnternehmerInnen, die sich um die Zukunft des Landes Gedanken machen, hat kürzlich der Regierung die Zusage zur Übernahme ihrer Vorschläge abgerungen und dann sind noch so manche Sektorfronten – wie zwischen dem Krankenhauspersonal und der Regierung auszumachen, die ihre eigenen Beschlüsse fassen.

Ein Aspekt sei bei allem Vereinbarungseifer nicht zu unterschlagen: In voraussichtlich elf Monaten finden die Präsidentschaftswahlen statt!

Leserbrief zum Artikel „Lokale Gesetze gegen herrschende Straflosigkeit“ im Fijáte Nr. 368

„In dem Artikel „Lokale Gesetze gegen herrschende Straflosigkeit“ (Fijáte Nr. 368) ist einiges durcheinander geraten: Weder in Nebaj, noch in Santa Cruz del Quiché gibt es eine lokale „Gesetzgebung“, wie in dem Artikel (unter Bezugnahme auf die PDH) behauptet wird.

Im Fall von Acul liegt zudem eine ungute Verwechslung vor: Auch dort gibt es keine lokale „Gesetzgebung“. Allerdings hat diese Comunidad im vergangenen Jahr ein „Reglamento Comunitario“ verabschiedet, so wie das in der Folge auch andere Ixil-Gemeinden wie Salquil Grande und Xejalvinte getan haben. Dieses Reglamento hat aber nichts mit einer „lokalen Verselbständigung der Rechtsanwendung“, Willkür oder Diskriminierung zu tun. Noch viel weniger „(hebelt es) das offizielle Justizsystem gleich vollständig aus“.

Im Gegenteil, es handelt sich dabei um die schriftliche Fassung der internen Regeln, nach denen die Comunidad organisiert ist und die das Gemeindeleben traditionell regulieren. Es ist also keine Neuaufstellung irgendwelcher Normen, sondern die Verschriftlichung einer langjährigen Praxis der Comunidad-Verwaltung. Es versteht sich als Ergänzung sowie Konkretisierung (und nicht als Ersatz) der gültigen Gesetze. Das Reglamento klärt auf über die Funktionen der Dorfautoritäten, der Gemeindeversammlung, Komitees, Hebammen und Maya-Priester und bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Gemeindeglieder in bestimmte Gemeindeämter gewählt werden dürfen. Es beschreibt, welche Aufgaben die Comunidad-Verwaltung zu erfüllen hat, und benennt Gemeindegrundstücke sowie lokale Feiertage. Wenn im Fall von Xejalvinte auch von Geldstrafen die Rede ist (Höchststrafe 100.- Quetzales), so gelten diese nur für Vergehen,

die auch traditionell in der Comunidad geahndet wurden: das Laufenlassen von Tieren, unerlaubte Müllentsorgung und Holzeinschlag, das Vergiften von Tieren, Viehdiebstahl, das Liegenlassen toter Tiere auf öffentlichem Grund.

Der springende Punkt dieser Reglamentos ist folgender: Sie werden in einer Situation verabschiedet, in der der FRG-Bürgermeister von Nebaj vehement versucht, in die lokalen Angelegenheiten der Comunidades einzugreifen. Grösster Konfliktpunkt ist die Wahl der lokalen Entwicklungskomitees (COCODES), deren Mitglieder laut Gesetz von den Comunidades bestimmt werden. Der Bürgermeister von Nebaj weigert sich jedoch in vielen Fällen, die von den Comunidades ernannten COCODES anzuerkennen und hat COCODES nach eigenem Gusto eingesetzt. Das Reglamento hat demgegenüber die Funktion, die Comunidades gegenüber dem Bürgermeister zu stärken und vor Amtsanmassungen zu schützen, indem es den Freiraum gestaltet, der den Comunidades nach dem Gemeindegesetz auch zukommt – mit der Sicherheitssituation im Land hat es dagegen nichts zu tun.

In einem weiteren Punkt schiesst der Artikel übers Ziel hinaus und packt das Reglamento Comunitario fälschlicherweise in einen Sack mit lokaler Justizwillkür: In der „Auflistung der Übel“ heisst es, „in einem Municipio in Quiché (wird) verboten, Personen zu beerdigen, die im Ausland gestorben sind (...)“. Anderes als der Artikel glauben macht, geht es hier keineswegs um ein generelles Verbot, mit xenophobischem Einschlag gar. Es handelt sich vielmehr um einen konkreten Einzelfall, der vor dem Hintergrund des genannten Konflikts hochgeschaukelt wurde: Die Comunidad-Verwaltung von Acul hatte sich zu-

nächst tatsächlich geweigert, einen Einwohner des Nachbardorfes Xexuxcap (der in den USA verstarb), auf dem Ortsfriedhof von Acul zu beerdigen, mit dem Argument, der Friedhof sei voll und die letzten freien Quadratmeter sollten für die Verstorbenen aus Acul reserviert bleiben. Dem Bürgermeister aus Nebaj, der die Beerdigung seines Parteigängers aus Xexuxcap in Acul anordnen wollte, mochte man in Acul nicht so schnell entgegen kommen. Der Bürgermeister nahm diesen Konflikt zum Anlass, um das Reglamento Comunitario von Acul öffentlich anzuprangern: Dies sei der Grund für die Widerspenstigkeit der Aculer, das Reglamento sei illegal und öffne politischer Willkür Tür und Tor. Tatsache ist, dass das Reglamento dem Bürgermeister nicht passt, weil die Comunidad mit dem kleinen Schriftstück in der Hand selbstbewusster auftritt. Von Beerdigungsangelegenheiten oder gar obskuren Verboten ist darin allerdings nirgendwo die Rede...

Vor Ort ist die Lage längst entspannt: Der in der Fremde Verstorbene wurde inzwischen feierlich auf dem Friedhof von Acul beerdigt und die Comunidad Xexuxcap hat bei der Gemeindeverwaltung Nebaj die Anlage eines eigenen Friedhofs beantragt.

Dass es der Bürgermeister von Nebaj mit seiner verzerrten Darstellung der Dinge bis über den Atlantik in die Spalten von Fijáte geschafft hat, wird er als unerwarteten Propaganda-Erfolg verbuchen können.“

Michael Eberlein (Nebaj)

Wir danken Michael Eberlein herzlich für die ausführliche Richtigstellung. Die Redaktion